

Betreff:

Testangebot in KiTas (FDP)

Antragstext:

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten über den aktuellen Stand und der weiteren Entwicklung des Testangebots von zertifizierten Corona-Schnelltests im KiTa-Bereich zu berichten.

Vormerkung

Das bisherige Infektionsschutzgesetz sieht für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege keine Testpflichten vor. Träger oder selbstständige Kindertagespflegen können demnach entscheiden, ob und wie oft getestet wird. Die hessische Landesregierung bietet wöchentlichen drei kostenlose Tests den öffentlichen und privaten KiTas an. Oftmals nehmen die Träger das Angebot allerdings nicht an. Die Planlosigkeit sorgt für viel Ärger bei den Eltern. Aus der Elternschaft haben sich bereits hessenweit trägerübergreifende Initiativen gebildet, die sich für einen umfassenden Corona-Infektionsschutz in den örtlichen Kitas nach RKI Empfehlung einsetzen.

Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchen KiTas wird getestet und wie oft?
2. Wie viele Corona positiv Nachweise wurden durch das Testen bereits erkannt?
3. Wird das Testangebot der Landesregierung vollständig ausgeschöpft?
4. Wie werden die Erzieher auf die Durchführung geschult?
5. Welche Tests werden hierbei bevorzugt bei der Ausführung (bspw. Spuck-o. Lollitests)?
6. Tragen Eltern Kosten, sofern der Träger die Kinder nicht testet?
7. Ist bereits die o.g. Problematik bekannt und wie wird dem entgegengewirkt?

Der Ortsbeirat Nordost setzt sich für ein regelmäßiges und flächendeckendes Testen im Kitabereich ein.

Begründung

Ein wichtiges Instrument, um frühzeitig Infektionen zu erkennen ist das Testen. KiTas gehören genauso wie Schulen zu Corona- Hotspots. In Schulen wird regelmäßig, meist sogar täglich getestet unabhängig oftmals vom Impfstatus. Daher ist es besonders wichtig auch flächendeckend und regelmäßig im Kita-Bereich zu testen, um das Infektionsrisiko so gering wie möglich zu halten.

Um auch die kleinsten unter uns zu schützen, müssen Tests jederzeit kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Es wird um eine kurze schriftliche Rückmeldung des Magistrats gebeten.

Wiesbaden, 21.01.2022

Antrag Nr. 22-O-04-0006
FDP
